

Die Welt-Zeitung

Der Zusammentritt des Völkerbundesrates.

Schon zum 20. August?

Paris, 13. August. (G. G.)

Ueber die Absichten des Völkerbundesrat wird bisher folgendes Briand im den Stellvertretern Präsidenten des Völkerbundes, den japanischen Botschafter Tani ein, den Völkerbundesrat einzuberufen. Tani hat die Absicht, dies am 20. August zu tun. Man nimmt an, daß dies noch vor der eigentlichen Sitzung des Völkerbundes am 1. September in Genf erfolgen wird. Bei der Sitzung des Völkerbundes werden je ein deutscher und ein polnischer Vertreter anwesend sein können. Polen ist dieses Recht in den Bestimmungen der Völkerbundes ausdrücklich zugesprochen, da es Mitglied des Völkerbundes ist. Deutschland kann dieses Recht beanspruchen, weil es in Oberösterreich ist.

De Valeras Antwort.

Der Condor-Rabineat.

London, 13. August. (W. T. W.)

Die Blätter melden, daß heute ein Kabinettsrat stattfand, um die Antwort De Valeras zu erörtern.

London, 13. August.

Die ganze Kabinettsrat wendet sich nunmehr wieder der irischen Frage zu. Es besteht die Hoffnung, daß der am 10. August gezeichnete Brief De Valeras von größter Wichtigkeit ist und die darin aufgeworfenen Fragen von der englischen Regierung eine rasche Lösung fordern. Heute morgen tritt das englische Kabinettsrat zusammen. Die General- und General-Ready wurden nach London gerufen, wo sie heute morgen eintreffen werden. Der Inhalt des Briefes De Valeras wurde natürlich noch nicht bekanntgegeben, aber nach Angaben aus gut informierten Kreisen kann erklärt werden, daß der Brief keine Ablehnung der irischen Bedingungen enthält, doch wird die Erfüllung dieser Bedingungen noch vor Zusammentritt des irischen Parlaments am 16. August ausstehen. Man erwartet, daß De Valera normalerweise 2000 in irischen und englischen Gefangenen befinden. Am liebsten leben unter unvorhersehbar schweren Bedingungen. De Valera bereit jetzt in der Großstadt Corke eine Lager, um sich über die Situation der Gefangenen ein Bild machen zu können.

Obwohl man alle den Inhalt des Briefes De Valeras noch nicht kennt, erklärt man, es sei kein Grund zur Befriedigung vorhanden, daß die Verhandlungen (weiter) könnten. O'Shea und Barton bleiben in London, bis die englische Regierung ihre Antwort auf den Brief De Valeras erteilt.

Hughes vertritt Amerika in Washington.

Die Vorbereitungen.

Washington, 13. August. (W. T. W.)

Harding hat den Außenminister Hughes zum Führer der amerikanischen Delegation bei der Washingtoner Konferenz bestimmt. Das amerikanische Kabinettsrat ist auch angewiesen worden, alle Vorbereitungen organisatorischer Art für die Konferenz zu treffen. Als erster Verhandlungsgegenstand kommt die Abrüstung zur Sprache in Betracht.

Spaniens Not in Mexiko.

Maritimes Steuergesetz.

Madrid, 12. August. (G. G.)

Kruuz ist von den Rebellen genötigt, General Navarro, der spanische Kommandant, geriet in mexikanische Hände. Der Kommandant von Mexiko erhielt einen Brief, den General Navarro aus dem Hause eines Spaniers geschickt hat, in dem er sich nach der Einnahme von Kruuz durch die Aufständischen geflüchtet hat.

Madrid, 13. August. (G. G.)

Die Mitglieder, die den Berg Kruuz überlegen, stellen sich, daß die Spanier die ganze Gegend unter beständigem Feuertreiben gefährdet anzuhaben. Es gelang einigen spanischen Soldaten, Mexiko zu erreichen und von dem heldenhaften Kämpfer des Generals Navarro zu berichten. In Mexiko sind, als Ziel des Generals Navarro von den Rebellen, in deren Hände er durch die Hebräer fiel, geflohen wurde, so geschah dies wohl nur, weil sie ein hohes Belohnung für ihn erpressen wollten.

Die wollen keine Wiedervereinigung. Ein Telegramm meldet aus Paris: Eine Eisenbahner in Kuba hat von einer ausspanischen Regierung eine Mitteilung auf Metallhüllen für Granaten erhalten. Die Arbeiter weigern sich jedoch, diese Arbeit zu verrichten und sind in den Streik getreten.

Widrigkeit in Verlegenheit. Prinz Ludwig Windischgrätz hat an den Reichsleiter Schuber, Präsidenten des Vereins der österreichischen Presse, ein Telegramm geschickt, er solle in der ungarischen Nationalversammlung und in der Schweiz von der Freilassung der verhafteten Häftlinge Ermahnung tun. Er wollte sich zu erklären, weder in der Nationalversammlung, noch sonst irgendwo, weder in Wort noch in Schrift eine beratende Intervention beabsichtigt zu haben, da ihm das hohe Niveau und die reine politische Richtung der österreichischen Presse zur Ursache bekannt ist.

Die Annäherung demokratischer Jugendbewegungen. Der zweite Verhandlungstag befaßte sich mit der Frage: Demokratie und Staat. Er wurde eröffnet durch ein Referat von Gaud

Die letzte Sitzung des Obersten Rates.

Eine umfangreiche Tagesordnung. — Die Leipziger Prozesse, Sanktionen und Truppenfrage.

Paris, 13. August. (G. G.)

Heute vormittag um 10 1/2 Uhr wird sich der Oberste Rat zum letztenmal versammeln. Es wird neuerdings über die Frage der Leipziger Prozesse gesprochen werden. Man erwartet nachträglich über die gestrige Sitzung, daß der englische Attorney General Schwarz dem Obersten Rat mitteile, man könne drei Lösungen ins Auge fassen: Entweder die Fortsetzung der Prozesse in Leipzig, die Aburteilung der Kriegsverbrecher in contumacia durch die Alliierten oder — die vollständige Aufgabe der ganzen Angelegenheit. Besondere Aufmerksamkeit wurde einer Kommission zugebracht, die ein Gutachten vor der heutigen Sitzung abzugeben hat. Sodann wird die wichtige Frage der Sanktionen im Rheinlande zur Sprache kommen.

Der Oberste Rat wird sich über die Militärkontrolle in Deutschland äußern. Das interalliierte Militärkomitee von Versailles hat bereits seinen Bericht erstattet. Es erklärt, daß die Abrüstung Deutschlands noch nicht beendet sei und daß daher die Kontrolle fortgesetzt werden müsse. Doch gewisse Regierungen fordern, wie „Matin“ erklärt, daß diese Kontrollkommission nicht mehr in Berlin verbleibe, sondern sich darauf beschränke, sich in einem beauftragten Lande niederzulassen und von Zeit zu Zeit durch Delegationen über die Lage in Deutschland die notwendigen Informationen erhalten sollte. Endlich wird auch die Frage der Absendung von Truppenverpflichtungen in ihren Einzelheiten geregelt werden. Die an Deutschland gerichtete die Ordnung aufrechtzuerhalten, wurde bereits gestern abend redigiert und wird heute an Polen und Deutschland zur Absendung gelangen.

Die „dramatische Wendung“.

Londoner Ansichten.

London, 13. August. (W. T. W.)

Alle Blätter beschäftigen sich mit der „dramatischen Wendung“, die die Pariser Verhandlungen über Oberösterreich genommen haben. Sie beglückwünschen die Entscheidung der oberösterreichischen Frage an den Völkerbund und die Vermeidung von Kriegen. Die „Star“ schreibt, bisher habe der Oberste Rat den Völkerbund ausgeschaltet, aber jetzt, wo die Alliierten in ihrer Politik und in ihren Interessen einander hoffnungslos zueinander haben, halten sie sich einander hoffnungslos zueinander. Der Ausschluß Deutschlands aus dem Völkerbunde ist ein Verstoß gegen die Prinzipien der Völkerbund, denn es ist vorgesehen, daß in einem solchen Falle der oberhalb des Bundes sich befindende Staat eingeladen werde, die Verpflichtungen der Mitglieder des Bundes zum Zwecke der Lösung derselben zu übernehmen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß Deutschland hierzu bereit sein werde. Deutschland freude nach der Zustimmung zu dieser Frage würde ein Beweis guter Gesinnung sein, der sich später als sehr glänzend erweisen werde.

„Welt“ und „Globe“ schreiben, wenn Frankreich einen Sondervertrag mit Deutschland an die Hand setzte, die in ihrer Entscheidung sei, die neue Polen, so mühe sich Frankreich auf die feste Weigerung seiner Alliierten gefaßt machen, sich in ein solches Unternehmen einzulassen zu lassen. „Times“ schreiben, die Konferenz des Obersten Rates in Paris wird mit einem Fiasko enden. Die Tatsache, daß innerhalb der Entente zwei Korrespondenten der Alliierten vorhanden seien, die Verneinung der oberösterreichischen Frage an den Völkerbund sei ein Zugeständnis des Generalrates, der der Entente schwere Schädigungen zugefügt habe als die ihm im Frieden in der Frage. Der Oberste Rat werde durch seine Tod der Entente mehr Augen bieten als durch seine ewigen Streitigkeiten.

Briand auf dem Rückzug.

Paris, 12. August.

Gavaud verbreitet folgende Erklärung: Die Bemerkung der Frage Oberösterreichs an den Völkerbund ist in den französischen Konferenzkreisen gütlich aufgenommen, welche eine

„wirkliche Befriedigung“ zum Ausdruck bringen, daß diese heikle und verwickelte Frage damit aus dem Bereich der Weltorganisation sei. In der Tat fanden sich auch vierzig Mitglieder der englische und die französische Auffassung (schärf) gegenüber. Die Lage erdient am Donnerstag durchaus befürworten, da sowohl Italien, wie auch Japan sich zu den englischen Grenzverträgen bekennen, während Frankreich allein seine Gegnerhaft aufrecht erhielt, weil eine solche Grenzverträge für Polen ein möglicher Schritt auf eine Gerechtigkeit gewesen wäre. Trotz allem konnte Frankreich sich nicht dem Vorwurf ausliefern, nur durch seine Hartnäckigkeit das Werk des Obersten Rates zum Scheitern gebracht zu haben. Briand erklärte sich daher mit einem Schiedspruch des Völkerbundes einverstanden.

Der Sieg Lloyd Georges.

Die französische Presse.

Paris, 13. August. (G. G.)

Die französischen Morgenblätter nehmen den Beschluß des Obersten Rates, die oberösterreichische Frage durch den Völkerbund entscheiden zu lassen, mit sehr gemäßigten Gefühlen entgegen. Die Lloyd Georges Frage nicht aufgegeben habe. Briand aber hebt man hervor, daß in dem Fall, daß in öffentlicher Sitzung durch den englischen Ministerpräsidenten festgestellt werden würde, daß die Alliierten nicht in der Lage seien, eine Grenze für Oberösterreich zu ziehen, so wäre die Entscheidung aller Zweifel des Auslandes. Man müsse sich aller Diskussion enthalten, wie dies auch der französische Ministerpräsident erklären und die Tatsache feststellen, daß es dem französischen Völkerbund nicht mehr gebe. Nachdem man wegen der oberösterreichischen Frage miteinander sprach, müßte man die Sache nach den Absichten Frankreichs regeln, weil dies dem für Frankreich vorteilhaft sei. Man werde sich an dem Völkerbund beteiligen, um die Sache zu erledigen, sei man übereingekommen, den Rat des Völkerbundes anzurufen. Der französische Minister habe Briand ermächtigt, falls ein Beschluß gefaßt würde, die oberösterreichische Frage dem Völkerbund zu überweisen, diesen anzukündigen.

Im Gegensatz zu dieser Ansicht steht Vertinas in „Echo de Paris“. Er erklärt, daß Briand durch den anglistenintentionalen Beschluß in seiner Rolle übertritten worden sei. „Welt Journal“ erklärt, daß Lloyd George anerkennend geistlich mandatiert habe, Italien und Japan für seine Ansicht zu gewinnen und Frankreich zu isolieren. In der Sache aber hatten Briand und Vandeur auch nicht einen Augenblick geglaubt. Vom Völkerbund hofft das Welt, daß sich dort die Freunde und Verteidiger Frankreichs zum Worte melden werden. „Welt“ erklärt auch, daß Frankreich bei den Arbeiten des Völkerbundes seine Interessen verteidigen werde.

Eine Reihe anderer Blätter spricht sich in ähnlicher Weise abnehmend gegen den geltenden Beschluß aus. „Le Journal“ erklärt, daß man nicht gewagt habe, daß Lloyd George Deutschland ganz Oberösterreich verprochen hätte, aber man habe nicht gewagt, das auch verprochen hätte, Frankreich zu gewinnen. Der Oberste Rat solle sich an dem Völkerbund beteiligen, um die Sache zu erledigen, sei man übereingekommen, den Rat des Völkerbundes anzurufen. Der französische Minister habe Briand ermächtigt, falls ein Beschluß gefaßt würde, die oberösterreichische Frage dem Völkerbund zu überweisen, diesen anzukündigen.

„Journal“ erklärt, daß der französische Ministerpräsident bei der gestrigen Besprechung im Hotel Crillon in der Lage gewesen sei, die Sache zu erledigen. Er müßte beweisen, aber aber den Lloyd George vorgeschlagenen Ausweg annehmen, einen Ausweg, der von den Italienern, diesen Mitgliedern der Kommission, angezogen worden sei.

Aufhebung der Sanktionen in Sicht?

Eine unbefestigte Meldung.

Mailand, 13. August. (Z. A.)

„Corriere della Sera“ bringt die aufheben der Sanktionen, doch die Rheinlandskommission ist in einem umfangreichen Gutachten für die Aufhebung der Sanktionen ausgesprochen habe.

Gerny erfolgt am 2. September. Schwedisch wird in allerhöchster Zeit offiziell mit der Regierungsbildung bekannt werden.

Der Friedenswille der Arbeiterchaft.

Luzerner Beschlüsse.

Zürich, 12. August. (W. T. W.)

In der Schlussphase des internationalen Metallarbeiterkongresses wurde eine Resolution von Suozzi (Italien) über Vermeidung der Munitionsherstellung und Stillen des Abbaus der „Korruption“ unter den Bedingungen, die die Vermeidung der Selbstbestimmungsrechte der Völker bei den angestrebten Anschlägen der Völker in Deutschland verurteilen und alle dem internationalen Metallarbeiterbund angehörenden

Vieler (Weiden) über „Geschichtliche Quellen des demokratischen Gedankens“. Als nächster Redner sprach Dr. Veuh (Berlin) über „Demokratie und Volkstum“. Der dritte Verhandlungstag, der sich mit dem Thema: „Demokratie, Individualismus, Sozialismus“ beschäftigte, fand auf derselben geistigen Höhe, wie die beiden vorhergehenden Verhandlungstage. Es sprach ferner Eijlitz (Münster) und Dr. Willehm (München) (Berlin).

Vor dem Kabinettswechsel in Prag.

Ministerpräsident Swedha.

Prag, 13. August. (W. T. W.)

Das „Prager Tagblatt“ meldet, Swedha wurde der fünftägige Ministerpräsident Swedha von Präsidenten durch den Reichstag in längerer Audienz empfangen. Bei dieser Gelegenheit unterbreitete Abgeordneter Swedha dem Präsidenten die fünftägige Zusammenstellung des neuen parlamentarischen Kabinetts. Swedha begibt sich heute zu dreiwöchigen Aufenhalt nach Karlsbad. Der offizielle Rücktritt der Regierung